

# Junge Kameraden auf alten Einsatzfahrzeugen

**SICHERHEIT** Feuerwehrvertreter diskutieren in der FTZ mit Staatssekretär über Katastrophenschutz und Alarmierung

Bei der Umstellung auf den Digitalfunk sieht die Feuerwehr Probleme mit der Alarmierung. Außerdem forderten die Brandschützer neue Strategien für die Fahrzeugbeschaffung.

VON JENS SCHÖNIG

**BRAKE** – Der Katastrophenschutz und die Alarmierung der Bevölkerung waren Gesprächsthemen, die Vertreter von Feuerwehr und Landkreis am Dienstag mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, Dr. Günter Krings (CDU), in der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) erörterten. Auf Einladung seiner Parteikollegin, der Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch, war Krings dazu nach Brake gekommen.

Im Katastrophenschutz nimmt die Feuerwehr schon aufgrund ihrer Mannschaftsstärke und ihrer technischen Ausstattung eine besondere Rolle ein. „Wir sind die ersten am Einsatzort“, erklärte Heiko Basshusen. Die Alarmierung bei Einsatzlagen war allerdings auch schon das erste Problem, das der Kreisbrandmeister ansprach. „Unsere Landwirte in der Truppe hören das Digitalfunk-Signal auf dem Trecker nicht“, erklärt Basshusen. „Die Pilzkopfsire-



Kreisbrandmeister Heiko Basshusen (vorn) und Gerätewart Frank Volkmann (hinten) zeigen Staatssekretär Dr. Günter Krings und der Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch die Schlauchwaschanlage in der FTZ. BILD: JENS SCHÖNIG

ne im Ort, die hört jeder. Um die Sirene anzusteuern, brauchen wir aber weiter den Analogfunk.“ Krings sprach sich bei der Alarmierung für ein „crossmediales System“ verschiedener Medien aus. Das, antwortete Basshusen, sei nicht möglich, da das Gesetz künftig nur noch ein System zulasse. „In zwei bis drei Jahren muss die Technik geändert werden“, erklärte er.

Ein weiteres Problem ist laut Kreisbrandmeister die Fahrzeugausstattung. „Normal ist, dass nach 20 bis 25 Jahren Fahrzeuge getauscht werden“, sagt er. „Bei uns sind zum Teil Fahrzeuge über 30 Jahre alt. Gerade für junge Kameraden ist das wenig motivierend, auf so alten Kisten herumzugurken.“ Das Problem liege darin, dass der Bund aus der Finanzierung der Fahrzeuge aussteigt, wenn

die Reparaturkosten den Restwert übersteigen. „Weil die Fahrzeuge aber dringend gebraucht werden, müssen ab dann die Kommunen sämtliche Kosten übernehmen“, sagt Basshusen. Die Finanzierung von Bundeseite erklärte Krings als typischen Kampf der Ministerien. „Da muss mein Chef mit Herrn Schäuble hart verhandeln“, so Krings. Landkreis-Vertreter Mathias Henholt sah ein weiteres Problem in den Strukturen. „Der Bund schreibt die Fahrzeuge aus, dann erst können sie gebaut werden und damit sind dann die Hersteller schon wieder so ausgelastet, dass die einzelnen Kommunen lange Wartezeiten haben“, sagte er. „Besser wäre, wenn das Geld zweckgebunden, aber kleinteilig verteilt wird, so dass die Kommunen flexibler damit arbeiten können.“